

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagesblatt erscheint an jedem Montag: Monats-Abonnement 1,00 RM. Bei Abnahme in den Hauptstädten des Reiches 1,20 RM. mehr, bei Abnahme in den übrigen Städten 1,10 RM. mehr. Bei Abnahme in den Provinzen 1,00 RM. mehr. Bei Abnahme in den Grenzgebieten 1,10 RM. mehr. Bei Abnahme in den Grenzgebieten 1,10 RM. mehr. Bei Abnahme in den Grenzgebieten 1,10 RM. mehr.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einseitig (— 22 mm breit) 4 Pfennig. Im Reichsanzeiger (— 22 mm breit) 20 Pfennig. Mehrere Zeilen bei gleicher Höhe zu besonderen Preisen. Bei Abnahme von mehreren Zeilen zu besonderen Preisen. Bei Abnahme von mehreren Zeilen zu besonderen Preisen. Bei Abnahme von mehreren Zeilen zu besonderen Preisen.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Züba und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 91

Donnerstag den 19. April 1934 nachmittags

93. Jahrgang

Volkstanzler Adolf Hitler

Adolf Hitler hat das deutsche Volk gebeten, von allen zu Ehren seines Geburtstages geplanten Feiern und Festlichkeiten Abstand zu nehmen. Mit der ihm eigenen Schlichtheit will Hitler den Tag nicht laut begangen wissen, weil es ihm um die deutsche Sache und nicht um seine Person geht.

Diese Haltung charakterisiert den Führer bereits auf das trefflichste. Er ist der Führer, dem seine Befolgung in einem unbedingten Verhältnis von Befehl und Gehorsam zugeht, weil sie weislich, das heißt, den Führer sowohl wie die Geführten, die gleiche Idee verbindet. Aber er ist nicht der Despot, der eine Masse von blind hörigen Untertanen sich und dem Vorteil seiner Person dienen läßt, Adolf Hitler ist nicht der Staat im Sinne der vorrevolutionären französischen Könige, sondern Hitler ist, im Sinne der freibergerischen Arbeiterbewegung, der erste Diener des Staates.

Darum kann unser Gruß und Wunsch zu des Kanzlers Geburtstag nichts anderes sein, als ein verpflichtendes Bekenntnis zu Deutschland, das in Adolf Hitler seinen Führer gefunden hat und dessen Lebens- und Zukunftswille in ihm zum lebendigen Symbol geworden ist. Und er ist gleichzeitig tiefempfundener und ernstgemeiner Dank des ganzen Volkes für das unermüdete Tun des Führers, das, getragen von Millionen Wünschen und Millionen Hoffnungen, das gigantische Werk der Erneuerung und des Wiederaufbaues der Nation begonnen hat.

In der Tat: Deutschland ist durch Adolf Hitlers Werk zu einer erneuerten Nation geworden. Mit unerschütterlicher Lebenskraft hat der Führer in dem durch Klassen und Kasten, durch Bürger und Proletariat, durch Parteien und Verbände, durch Ideologen und Zülführer zerfallenen Volkstörper das Gefühl der völkischen Zusammengehörigkeit gewedt. Immer wieder lehnte Hitlers nationalsozialistischer und sozialistischer Appell hier an. Denn das war die Voraussetzung für jeden weiteren Aufbau, daß das Volk in Willen, Gefühl und Vertrauen einheitslich und geschlossen dastand. An der Wertschätzung dieser politischen Einsicht schloßen sich alle diejenigen Nachkriegspolitiker, die bei bestem und ehrlichem Willen glaubten, den Novemberstaat und das Mehrparteiensystem außen- und innenpolitisch einsehen zu können.

In einem knappen Jahr hat Hitler diese Aufgabe der Volkserneuerung und der Volksschaffung bewältigt. Als das Volk gegen Ende des ersten Revolutionsjahres nach seinem politischen Willen befragt wurde, bekannte es sich in gewaltiger, überraschender Einmütigkeit zu der Führung Adolf Hitlers. Damit war die Voraussetzung für den weiteren Neuaufbau und für die Anpassung der innen- und wirtschaftspolitischen Institutionen gegeben. Aus dem „pluralistischen Interessenshaufen“ — wie ein moderner Staatsrechtler das weimariische Deutschland genannt hat —, aus den feilsch verzwirbelten und materiell erschöpften Massen war „Volk“ geworden. Jetzt konnte Hitler zu neuen innen- und außenpolitischen Angriffen ausziehen.

Innenpolitisch galt es vor allem, die staatsrechtliche und wirtschaftspolitische Struktur dem neuen Einheitsbewußtsein des Volkes anzupassen. Der staatsrechtlich partikularistischen Gliederung mußte durch die organische Umbildung des Bundesstaates zum Einheitsstaat Rechnung getragen werden, und der klassenmäßig bestimmten liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung mußte, dem sozialistischen Gemeinheitsbewußtsein aller schaffenden Deutschen entsprechend, eine neue, Unternehmener wie Arbeitnehmer verpflichtende Form gegeben werden. Beides geschah; das eine in der historischen Reichstagsitzung vom 30. Januar 1934 und das andere im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“.

Außenpolitisch galt es das Zwangssystem von Versailles zu überwinden. Indem Hitler immer wieder erneut auf die deutsche Gleichberechtigung hinwies, indem er gleichzeitig die Welt durch den Pakt mit Polen von der Ehrlosigkeit des deutschen Friedenswillens überzeugte, gelang es ihm, das französische Prestige in der Welt zu erschüttern und die französische, anglich an den Rückhaken

des Verfallers Diktates hängende Politik als reaktionär zu entlarven. Man beginnt seitdem Deutschland wieder zu achten und alle Welt anerkennt Deutschlands Recht auf Angleichung seiner Rüstung.

Gewiß, weder innenpolitisch ist das nationalsozialistische Deutschland am Ziel, noch ist Versailles wirklich und vollkommen überwunden. Aber die ersten Schritte sind mit Erfolg getan worden. Und was begonnen wurde, läßt

sich nicht mehr aufhalten. Die Dynamik der deutschen Revolution wird sich solange fortsetzen, bis der letzte innen- und außenpolitische Sieg erkämpft ist, bis das Reich der Deutschen innerlich geschlossen und äußerlich frei und mächtig wieder dasteht. Dem Führer zur Erlämpfung dieses Zieles treu und mit soldatischer Unerbittlichkeit zur Seite zu stehen, das ist das Gebot, das das deutsche Volk Adolf Hitler zu seinem Geburtstag entgegenbringt.

Die schwierigste Lage seit Beginn der Abrüstungskonferenz

Schwere Enttäuschung in England über die letzte französische Note

Frankreichs Antwort

Paris, 18. 4. Die Note, die die französische Regierung der englischen Regierung auf ihre Anfrage vom 28. März hat überreichen lassen, nimmt Bezug auf die englische Verbalnote vom 28. März, die ergänzt wurde durch die Mitteilung des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten vom 10. April, durch die die englische Regierung die französische Regierung um Aufschluß ersuchte, ob sie bereit wäre, als Grundlage einer Abrüstungskonvention die englische Vorschläge vom 29. Januar anzunehmen mit den Änderungen entsprechend den deutschen Vorschlägen. Die französische Note lautet:

Man hat an dem Tage, an dem der englische Botschafter sich seines Auftrages entledigte, der „Reichsanzeiger“ in Berlin den von der Reichsregierung am 22. März

für das Rechnungsjahr 1933/34 angenommenen Haushaltsplan

veröffentlicht. Die Prüfung dieses Haushaltsplanes erlaubte es, für das Herrschaftsministerium, das Marineministerium und das Luftfahrtministerium eine Ausgabensteigerung von 352 Millionen RM. festzustellen. Der englischen Regierung hat sich ebenso wie der französischen eine Erregung bemächtigt wegen der Höhe dieses Ausgabenwachses. Sie hat den Ernst der Tatsache durch die Forderung unterstrichen, die ihr Botschafter in Berlin beim Reichsaussenminister unterbreitet hat. Die Erklärung, die er erhielt, ist weniger eine Rechtfertigung als eine Bestätigung. In Wirklichkeit hat die Reichsregierung, ohne die Ergebnisse der aufgenommenen Verhandlungen abzuwarten, ihren Entschluß aufzugeben wollen, ihre Abrüstung in jeder Form fortzusetzen, und zwar in dem Ausmaß, das sie als bestmögliche zu können behauptet und unter Wahrung der Bestimmungen des Vertrages, der mangels jedes anderen Abkommens weiterhin für den Rüstungsstand maßgebend bleibt. Die Reichsregierung sucht sofort in einem großen

Ausmaß nicht nur die Stärke ihres Heeres, sondern auch die ihrer Marine und ihres Flugwesens zu erhöhen. In letzterer Hinsicht steht es dem Nachbarn Deutschlands umso weniger frei, die über sie verhängte Drohung außer Acht zu lassen, als kürzlich in der entmilitarisierten Zone, und zwar unter Verletzung des Vertrages, zahlreiche Flugplätze angelegt worden sind. Gleichzeitig kündigt sich die Reichsregierung weniger darum, die halbamtlichen Verbände zu befestigen oder neuen Zwecken zuzuführen, als ihren für den Krieg angelegten Gebrauch zu vervollständigen. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, nur die anderen Haushaltspläne, die mit der nationalen Verteilung nichts zu tun haben, zu lesen. Welche Auslegung man alsbald auch zu geben versucht, erfordern diese außerordentlich ersten Tatsachen eine gemeinsame Feststellung und Schlussfolgerung. Sie beweisen, daß die Reichsregierung, absichtlich oder nicht, Verhandlungen, deren Grundlage durch ihre Initiative zunächst gemacht wurde, unmöglich gemacht hat. Diese Feststellung betrifft die französische Republik ihre Pflicht und ihre Antwort. Vor jeder Feststellung, ob eine Einigung möglich ist über ein System von Auslieferungsgarantien, das wirksam genug wäre, um die Unterzeichnung eines Abkommens zu erlauben, das die bedeutende Aufrüstung Deutschlands legalisieren würde, muß Frankreich in erster Linie die Bedingungen seiner eigenen Sicherheit in Betracht ziehen, von denen es übrigens die Sicherheit der übrigen in Frage kommenden Mächte nicht trennt.

Die Note verweist dann nochmals auf die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, die vorerstens teilweise die Besorgnisse hätte zerstreuen können. Es hätten auch noch andere Regierungen aus der gleichen Sorge heraus die gleiche Auffassung bekundet. Hinsichtlich dieser wichtigen Frage habe Herr Eben jedoch aus Berlin keine günstige Lösung mitbringen können. Die französische Regierung könne ihrerseits nicht auf diese wesentliche, von ihr in den Vordergrund

Kurzer Tagespiegel

Bei einem Empfang des Diplomatik-Korps und der ausländischen Presse durch Dr. Goebbels im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda sprach Reichsminister und Staatschef Röhm über die nationalsozialistische Revolution und die NS.

Für das Winterhilfswerk wurden nach der jetzt vorliegenden Uebersicht vom deutschen Volk etwa 300 Millionen RM. aufgebracht. Das bischöfliche Ordinariat Berlin veröffentlicht laut „Germania“ in seinem Amtsblatt eine Erklärung gegen die studentische Bestimmungsmessur.

In Kopenhagen kam es am Mittwochabend im Anschluß an eine Kundgebung der revolutionären Gewerkschaftsorganisation zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen zwei Polizeibeamte durch Steinwürfe schwer verletzt wurden. An einigen Stellen der Stadt wurden von den Demonstranten Barrikaden errichtet. Gegen Mitternacht lösten die Polizei Herr der Lage zu sein.

Die Erklärung des japanischen Außenministers über die Ziele der japanischen Politik hat in Moskau große Erregung verursacht. Nach einer Meldung aus Hankow erwidert man in dortigen politischen Kreisen in der japanischen Erklärung eine Kriegsdrohung. Der Wortlaut der französischen Note an die englische Regierung auf deren Anfrage vom 28. März ist am Mittwoch veröffentlicht worden.

Bei dem Militär-Reitturnier in Frankreich legte der deutsche Oberleutnant Kurt Hoff auf „Der Mohr“ im Preis von Monaco in der zweiten Abteilung und errang damit den ersten deutschen Reitererfolg nach dem Riege in Frankreich.

Fürst Starhemberg wurde am Mittwoch von Mussolini und Staatssekretär Savio empfangen. Die neue Verfassung Oesterreichs wurde am Mittwochabend fertiggestellt. Die Wahl des Bundespräsidenten wird durch die Bürgermeister Oesterreichs erfolgen und zwar auf Grund eines vom Bundesrat aufgestellten Vorschlages.

Das Kabinett Kusunowitsch in Südbawien ist durch königliches Dekret umgebildet worden. Nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten trägt die Umbildung keinen politischen Charakter.

Die sozialistischen und kommunikativen Gewerkschaften in Paris haben ihre Anhänger für den kommenden Freitag zu einer Kundgebung vor dem Pariser Rathaus aufgerufen.

gerückte Bedingung verzichten. Erneut bejaht die französische Regierung ihre Erfahrungen aus dem letzten Riege, dessen Gefahren Frankreich mehr als jedes andere Land erfahren habe.

Frankreich sei für die Freundschaft der englischen Regierung dankbar, die mit ihm ein wirksames System, durch das die Ausführung eines Abrüstungsabkommens mit Garantien umgeben werden könnte, habe ausfindig machen wollen. Frankreich bedauert, daß eine von auswärts kommende Initiative plötzl. die von beiden Ländern mit ehrlichem, gutem Willen geführten Verhandlungen zwecks gemacht hat. Es wird Sache der Abrüstungskonferenz sein, die Welt wieder aufzunehmen.

Frankreich sei während der ganzen Verhandlungen den Grundätzen treu geblieben, von denen sich der Hauptausdruck der Abrüstungskonferenz stets habe leiten lassen. Frankreich wolle in diesem Sinne weiter verfahren. „Die französische Regierung zweifelt nicht daran, daß sie bei der nächsten Genfer Tagung auf die Mitarbeit der englischen Regierung rechnen darf, um den Frieden durch die Garantien, die die allgemeine Sicherheit erfordert, zu festigen.“

Dazu bemerkt die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ u. a.: Die Note weist dem sich ankündigenden englischen Entgegenkommen in der Sicherheitsfrage sorgfältig aus, um an einer anderen Stelle ganz großes Geschick gegen alle Abrüstungsbedenken aufzuführen. Die mit Nachdruck erhobene Beforderung einer angeblichen flagranten Verletzung des Verfallers Vertrages charakterisiert sich nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen als ein tatsächliches Wunder, das niemand mehr täuschen kann.

Es gibt nicht im Teil V. des Verfallers Ver-

10jähriges Bestehen der Ortsgruppe Frankenberg der NSDAP. am 24. April 1934

Die Ortsgruppe Frankenberg der NSDAP feiert am 24. April 1934 ihr

10jähriges Bestehen

Dieser Tag soll in bescheidenem, aber würdigem Rahmen gefeiert werden.

Am Abend findet im „Vereinshaus I.T.“ eine Feier statt, die 20 Uhr beginnt, zu der u. a. Pg. Bürgermeister Gerkenberger aus Ottendorf spricht und die von Darbietungen des S.J. und M.Z. 1/182 umrahmt werden wird.

Die Verbände der NSDAP stellen 19 Uhr 15 Min. Schloßstraße, Admarsch 19 Uhr 30 Min.

Am 22 Uhr treffen die an diesem Tage in Frankenberg versammelten

600 Musik- und Spielmannszugleute des Nationalsozialistischen Arbeitsdienstes Gau Sachsen, Gruppe 16,

durch die Fortwächter und Schloßstraße auf

dem Markte ein, um unter Leitung des Obermusikmeisters Kaiser durch einen

großen Zapfenstreich

dem Tage eine besondere Unternehmung zu geben. Die Feier im Vereinshaus ist so zeitig beendet, daß die Teilnehmer rechtzeitig am Markte eintreffen.

Die Musikfolge wird noch besonders veröffentlicht. Das Auftreten der Spielleute der Gruppe 16 des Arbeitsdienstes bedeutet ein besonderes Ereignis für Frankenberg.

Die Besichtigung wird gebeten, dem Tag durch reiche Beflagung ein besonderes Gepräge zu geben, im übrigen aber durch Stellen von

Freiquartieren

die Unterbringung der Spielleute zu ermöglichen. Zu gewahren ist ledigl. Nachtlager und Frühstück.

Die Quartiersheime werden durch die Stadtwache der NSDAP gestellt.

Ortsgruppe der NSDAP.